

# Stellungnahme zum „Referentenentwurf zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften Zu Artikel 4 (Änderung des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes)“ (bei mir S. 33).

Von Inge Bennewitz, Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ),  
12557 Berlin, Asseburgpfad 18, Tel./Fax: 030 651 6972.

## 1. Einführung

Vom 24. -26. Mai 2024 fand in Erkner ein Treffen von SED-Opferverbänden statt. Wir vier Interessenvertreter von Zwangsausgesiedelten, Elisabeth Freyer (Opfer des Stalinismus Thüringen e. V.), Marie-Luise Tröbs (Bund der Zwangsausgesiedelten e. V.), Ernst Schönemann (Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt) und ich (AIZ) waren uns einig: Es ist zu begrüßen, dass unsere Gruppe in den Referentenentwurf aufgenommen wurde, aber der Bezug zu den Zersetzungsoptionen ist unpassend und die Summe von 1.500 € in Anbetracht der sehr schwerwiegenden, komplexen Verfolgungsmaßnahmen völlig unangemessen.

Im Entwurf wird auf Artikel 17 des Einigungsvertrages verwiesen, in dem eine „angemessene Entschädigung“ angemahnt wird und auch auf das Buch von Inge Bennewitz und Rainer Potratz, 4. Auflage, 2012 (**B/P**), eine wissenschaftliche Publikation. Verweisen möchte ich noch auf die Petition (4-19-07-251-006792) von Inge Bennewitz und Dieter Dombrowski (Bundesvorsitzender der UOKG), die 2021 „als Material“ an das BMJV überwiesen wurde. Aus Fakten wurde darin abgeleitet, dass eine Summe von rund 15.000 bis 18.000 € als Analogie zur Kapitalentschädigung angemessen wäre.

Diese Petition beginnt ganz bewusst mit einem Statement von Luise Meyer. Sie verglich 1993 ihre Flucht aus Ostpreussen mit ihrer Zwangsaussiedlung aus Boizenburg/Elbe. Auf der Flucht hatte sie ihre Mutter und bis auf eine Handtasche sämtliches Gepäck verloren und landete am Ende mit schwerem Typhus in einer Scheune auf verschimmeltem Stroh: „... **aber meine Flucht 1945 aus Ostpreussen war nicht so schlimm, wie das am 3. Oktober 1961**“.

Eine Aussage, die in Anbetracht des unermesslichen Flüchtlings- und Vertriebenenelends in der Folge des 2. Weltkrieges schwer nachzuvollziehen ist. Eine Ursache liegt in der individuellen Auswahl der Zwangsausgesiedelten. Den Kriterien zufolge hätten 80% der Sperrzonenbewohner ausgesiedelt werden müssen, betroffen waren rund 3%, darunter überwiegend angesehene, alteingesessene Selbständige, die jeder kannte – andernfalls wäre weder Abschreckung noch Einschüchterung erzielt worden.

Besonders verheerend auf die Betroffenen wirkten sich auch der entwürdigende Abtransport und nicht selten die Unterbringungen in ausgesprochenen Elendsquartieren (darunter auch Pferdeställe und in „Schweinställen auf Stroh“) aus, sowie die sich anschließende Kriminalisierung (B/P S.267, 285) und Diskreditierung in den Aufnahmeorten (B/P S. 37, 145, 119). Briefe der Kreisdienststelle Grevesmühlen (B/P S. 312 ff) zeigen die Auswirkungen. Viele Zwangsausgesiedelte, in die Fremde verbannt, waren ob dieser Anschuldigungen (*arbeitsscheue und asoziale Elemente, HwG-*

*Personen*) für den Rest ihres DDR-Lebens völlig verunsichert, und es gab kein Licht am Ende des Tunnels.

Weder in meinem persönlichen Umfeld noch in den Akten finden sich Hinweise darauf, dass den Betroffenen verboten worden sei, darüber zu sprechen. Die unglaublichen Umstände haben dazu geführt, dass Betroffene ihr Schicksal verschwiegen haben und das Thema in der DDR nahezu unbekannt war.

1990 mussten die Betroffenen dann noch erleben, dass ihnen die Bundesregierung - den Tatsachen widersprechend - schrieb, die Vertreibung sei rechtmäßig gewesen. Ebenso schrieb man enteigneten Grundeigentümern, ihre Enteignung sei durch das DDR-Verteidigungsgesetz gedeckt – ihre im gesamten ca. 5,5 km breiten Sperrgebiet gelegenen Häuser und Wohnungen wurden aber anschließend wieder ganz normal bewohnt.

## **2. Die Höhe der Entschädigung**

Sie sollte mindestens 10.500 € betragen. Uns als Interessenvertreter geht es auch darum, dass dieses finstere und immer noch weitgehend unbekanntes Kapitel SED-Unrecht ins kollektive Gedächtnis gelangt. Eine „krumme“ Summe, in der sich die Zahl der ursprünglich Betroffenen widerspiegelt (es waren über 12.000), würde Aufmerksamkeit erregen und Nachfragen ergeben, z. B. bei einem Betrag von 12.555 €. Man könnte sagen, dass so viele Menschen betroffen waren, das bleibt im Gedächtnis. Eine genaue Zahl der Betroffenen lässt sich durch die widersprüchliche Dokumentation beider Aktionen (1952 und 1961) durch die SED nicht angeben.

Gewürdigt werden muss das eigentliche Verfolgungsschicksal, die Zwangsvertreibung und die Zwangsansiedlung mit allem, was für jeden einzelnen folgte.

Bei einer UOKG-Tagung im April 2022 „70 Jahre Aktion Ungeziefer“ wurde erörtert, dass ein Einbeziehen der Zwangsausgesiedelten in die Opferpension (dagegen gibt es keine verfassungsrechtlichen Bedenken) zwar berechtigt, aber aus Altersgründen nicht mehr sinnvoll wäre. Dies sollte sich im Gesamtbetrag widerspiegeln.

### Erläuterung

Politische Haftopfer bekommen für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden die Kapitalentschädigung und für ihren gefährlichen Anteil an der Schwächung des SED-Regimes die Opferpension. Zusätzlich bekommen Einzelne für anerkannte Folgeschäden (Gesundheit, Beruf, Vermögen) Leistungen durch das 2. SED-UnBerG, die natürlich nicht gegen gerechnet werden.

Ein Gegenrechnen darf auch bei den Zwangsausgesiedelten nicht geschehen: 5. Und 6. Satz von unten in „Zu Artikel 4 (Änderung...)“.

Dem Buch von B/P ist zu entnehmen, dass die Betroffenen schweren seelischen Schaden erlitten haben, den Begründungen zufolge haben viele mit ihrer ständigen Kritik an den miserablen Verhältnissen in der DDR, die auch zu Haftstrafen hätten führen können, das Regime erheblich geschwächt und sind dadurch auf die Listen gekommen.

In der DDR hat (der vorletzte Satz in Zu Artikel 4 (Änderung...)) niemand eine *"Entschädigung für die Zwangsausiedlung"* erhalten. Wir jedoch wollen genau das, eine Entschädigung für jeden Zwangsausgesiedelten.

### **3. Kosten**

Die Zahl der 1952 bzw. 1961 aus den einzelnen Grenzkreisen und damit Ländern bzw. Bezirken Zwangsausgesiedelten ist den Tabellen B/P S. 280 und 320 zu entnehmen. Im Referenten-Entwurf ist die Zahl von 800 noch lebenden Betroffenen angegeben. Sie beruhte auf Schätzungen von April 2022 und ist nicht mehr aktuell - inzwischen fällt die Zahl der noch Lebenden rasant ab.

Die statistische Lebenserwartung von Menschen, die 1952 geboren wurden (1952 betroffene Babys) kann man googeln: Männer werden 73, Frauen 80 Jahre alt. Die Altersstruktur der 1961 Betroffenen ähnelt der von 1952: die "belasteten Personen" waren Männer, die bereits im 3. Reich beruflich etabliert waren (Mdl-Befehl, B/P S. 285, Kat. 1. a). Die Anschuldigungen "SS" usw. beruhten größtenteils auf Gerüchten, die SED hatte gar keinen Zugriff auf die Unterlagen im NS-Dokumentcenter in Berlin-Dahlem. Die Anschuldigungen waren der damaligen Riesen-Propaganda-Kampagne der SED gegen NS-Größen im Westen (Prozess gegen Oberländer) geschuldet.

### **4. Die „Stiftung Zwangsausgesiedelten-Hilfe Thüringen (letzter Satz)**

Es ist richtig, dass versucht wird, innerhalb der Gruppe bestehende Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Doch statt die ausgezahlten 2.000 € von der Entschädigungssumme abzuziehen, sollte dafür Sorge getragen werden, dass jeder Zwangsausgesiedelte sie bekommt.

Diese Stiftung wurde von thüringischen Landtagsabgeordneten als Pendant zur Vertriebenenzuwendung (4.000 DM) erwirkt. Beides unterliegt dem Länder- und nicht dem Bundesrecht und war gedacht als Ausgleich für materielle Verluste. Dr. Johannes Wasmuth (München, Dissertation über SED-Unrecht) hat anlässlich von "20 Jahre 2. SED-UnBerG" gesagt, wenn den Vertriebenen aus den Ostgebieten diese Zuwendung zusteht, dann stehe sie den innerhalb der DDR Vertriebenen erst recht zu.

Es sollte dafür gesorgt werden, dass jeder Zwangsausgesiedelte diese Zuwendung von 2.000 € bekommt, auch die Zwangsausgesiedelten, die zum Stichtag nicht mehr in Thüringen wohnten, was gerade erst durch die Zwangsaussiedlung verursacht wurde (Zwangsaussiedlung in anderen DDR-Ländern/Bezirken).

Inge Bennewitz, Berlin 8.6.2024

